

# Der Einfluss europäischer Werte auf den Demokratisierungsprozess der Slowakei

*von Radoslav Štefancík*

Im Vergleich zu den anderen Staaten der Gruppe Visegrád-Vier (V4 – Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn) war der Weg der Slowakischen Republik nach Europa viel komplizierter. Kurz nach der Wende (November 1989) wurde aus der tschechoslowakischen Verfassung die führende Rolle der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSC) beseitigt. In den ersten freien Parlamentswahlen lehnten die Wähler die Kommunisten kategorisch ab. Zu den eindeutigen Wahlsiegern wurden neu gegründete demokratische Bewegungen: in der Slowakei die „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN) und in der Tschechischen Republik das „Bürgerforum“ (OF). Trotzdem war der slowakische Übergang vom kommunistischen Regime zur Demokratie durch mehrere Hindernisse gekennzeichnet.

Nach den Theorien der Transitionsforschung ist die Demokratie nur eines der möglichen Ergebnisse des Zusammenbruchs der autokratischen Regime. Der slowakische Weg von der Diktatur zur Demokratie dient als Beispiel dieses komplizierten Demokratisierungsprozesses. Die größte Barriere in der Demokratisierung des Landes, und damit auch im Prozess der europäischen Integration, war der Nationalismus – eine neue Ideologie, welche die alte ersetzte. Der östliche Teil der Tschechoslowakei stand am Ende der 90er Jahre vor einer bedeutsamen Entscheidung: Entweder würden die nationalistischen Ideen wachsen und das Land dann in Europa marginalisiert bzw. isoliert sein, oder die Bürger würden sich mit den demokratischen Werten identifizieren, auf denen Westeuropa seit Jahren aufgebaut worden ist, und das Land wird zum Mitglied der wichtigsten Welt- und Europa-Organisationen.

Von den nationalistischen Ideen wurde am Anfang der 90er Jahre nicht nur die Slowakei berührt. Eine große nationalistische Welle erfasste alle großen multinationalen Staaten des ehemaligen Ostblocks. Der Nationalismus ist die wichtigste Ursache der wesentlichen Veränderungen auf der politischen

Karte Europas in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Diese Veränderungen sind aber gegensätzlicher Natur. Einerseits kam es auf dem Alten Kontinent zum Verfall großer multinationalen Staaten, aus denen nationale Kleinstaaten entstanden, andererseits suchten neue gegründete Kleinstaaten gleichberechtigte Partner für die gemeinsame Zusammenarbeit, vor allem in der Außen- und Innenpolitik sowie in der Wirtschaftspolitik.

In der postsozialistischen Gesellschaft kann man den Nationalismus aus zwei unterschiedlichen Perspektiven beachten. Erstens kann man ihn positiv wahrnehmen. Er war ein natürliches Ergebnis der Suche der kleinen europäischen Nationen nach eigener Identität, die unter den kommunistischen Herrschaften seit Jahren unterdrückt war. Zuerst muss eine Nation ihre eigene Identität finden, um sich weiter zu integrieren. Die Entwicklung der nationalen Kleinstaaten Anfang der 90er Jahre kann man als den ersten Schritt im Prozess der europäischen Integration gleichberechtigter Staaten verstehen. Die Teilung der Tschechoslowakei darf man nicht als Isolierungsbemühung der Bürger der Slowakei wahrnehmen, sondern als den natürlichen Willen einer kleinen Nation, als autonomer, demokratischer und souveräner Staat ins große Europa einzutreten. Die andere, negative Seite des Nationalismus in der Slowakei aus den 1990er Jahren des 20. Jahrhunderts ist der Politikstil politischer Parteien, die in ihrem Wahlprogramm nationale Souveränität an erster Stelle hatten und aufgrund guter Wahlergebnisse oft die Demokratieprinzipien vergaßen. In der Slowakei wurden zwischen 1994 und 1998 die nationalistischen Gedanken für die Machtziele einiger weniger Personen bzw. Gruppen missbraucht.

Drei Etappen des Demokratisierungsprozesses

Die Theorien der Transitionsforschung unterscheiden zwei Grundphasen des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie:

1. Liberalisierung
2. Demokratisierung.<sup>1</sup>

„Liberalisierung beginnt in dem Moment, wenn die autokratischen Spielregeln aus verschiedenen Gründen modifiziert werden, im Sinne der Verbreitung der Rechte auf andere Personen oder Gruppen.“<sup>2</sup> „Demokratisierung stellt die nächste Etappe dar, die durch die Bildung der demokratischen Institutionen und Durchsetzung der demokratischen Spielregeln gekennzeichnet ist.“<sup>3</sup> Diese Etappe sollte bei der Veranstaltung der ersten freien Wahlen enden. Die Slowakei ist aber ein Fall, wo es auch mit den ersten freien Parlamentswahlen mitnichten zu einer Festigung der demokratischen Prinzipien kam. Deswegen sprechen einige Autoren (z.B. *Kubín*) noch von einer dritten Phase, der Konsolidierung der Demokratieprinzipien. *Kubín* versteht unter Konsolidierung die letzte, aber selbständige Phase des Übergangs. Konsolidierung der Demokratie ist oft mit der Institutionalisierung der Demokratie verbunden. „In dieser Phase ist unverzichtbar nicht nur der Konsens bei der Machtübergabe, sondern vor allem das Übereinkommen bei der Bildung der neuen Spielregeln und der zusammen akzeptierten Werte.“<sup>4</sup> In dieser Phase kommt es zur definitiven Verankerung der Demokratieprinzipien in ehemaligen autokratischen Ländern. In der Slowakei ist es die Zeit nach dem Ende der Meciar-Regierung im Jahre 1998, also ein paar Jahre später im Vergleich zu den anderen Staaten der Visegrád-Vier (V4). Die Konsolidierung wurde in den mittel- und osteuropäischen Staaten durch den Einfluss der europäischen und transatlantischen Organisationen gefördert. Ob der Prozess der Konsolidierung mit dem Beitritt zur EU endete, ist fraglich. *Mibáliková* merkt an, „die Endphase der Konsolidierung durch die Prozesse der Verankerung der demokratischen Institutionen und des demokratischen Verhaltens in

<sup>1</sup> Vgl. Adam *Przeworski*, *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991.

<sup>2</sup> Vladimíra *Dvoráková*, Jirí *Kunc*, *O prechodech k demokracii*, Prag (Praha) 1994, S. 82.

<sup>3</sup> Blanka *Ríčov*, *Prehled moderních politologických teorií*, Prag 2000, S. 253.

<sup>4</sup> Luboš *Kubín*, *Role politických elit pri zmene režimu na Slovensku*, Pressburg (Bratislava) 2002, S. 41.

der politischen Kultur gekennzeichnet ist“.<sup>5</sup> In der Slowakei gibt es auch heute immer noch eine Reihe von unter der Bevölkerung populären politischen Akteure, die ihre Politik auf dem sozialen Populismus (SMER) oder Nationalismus (SNS) aufbauen.

In meinem Aufsatz werde ich unter dem Begriff Demokratisierungsprozess sowohl die zweite Phase (Demokratisierung) als auch die dritte, die letzte Phase des Übergangs von der Diktatur zum demokratischen Regime – die Konsolidierung – behandeln. Der Demokratisierungsprozess in der Slowakei dauerte fast 15 Jahre, aber die wichtigsten Schritte wurden erst in den letzten sechs Jahren (1998–2004) unternommen, nachdem es zum Regierungswechsel gekommen und der autokratische Premierminister Vladimír *Meciar* von Mikuláš *Dzurinda* ersetzt worden ist. Die 15 Jahre seit der Wende bis zum Beitritt der Slowakei zur EU kann man generell in drei Zeitabschnitte teilen:

- 1989–1993/1994: von der Wende bis zur Entstehung der selbständigen Slowakei – „Suche nach eigener Identität“
- 1994–1998: *Meciars* undemokratischer Politikstil – „Schwarzes Loch oder Europa?“
- 1998–2004: vom Regierungswechsel bis zum Beitritt zur EU – „Der neue Anfang“

#### Suche nach eigener Identität (1989–1993/1994)

Schon ein paar Monate nach dem endgültigen Zusammenbruch des kommunistischen Regimes tauchten die ersten Auseinandersetzungen zwischen beiden Nationen in einem gemeinsamen Staat auf. Zu der ersten großen Krise zwischen Tschechen und Slowaken kam es bei der Umbenennung des Staates bereits im Frühjahr 1990 (der so genannte Krieg um den Bindestrich). Die Krise in den gegenseitigen Beziehun-

<sup>5</sup> Silvia *Mibálíková*, Koncepcia demokracie a demokratizácie: K niektorým teoretickým a praktickým skúsenostiam, in: *Sociológia*, Nr. 5, 1996, S. 420.

gen vertiefte sich um weitere Konflikte, unter anderem um gemeinsame Staatssymbole und die Kompetenzverteilung zwischen Föderal- und Nationalorganen. In den innenpolitischen Debatten wurden zum ersten Mal Forderungen nach einer grundsätzlichen Reform des föderativen Staatsaufbaus laut. Die Idee der Konföderation bzw. einer selbständigen Slowakei bekam allmählich mehr und mehr Anhänger, vor allem unter den führenden Politikern.<sup>6</sup> Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern verschlechterten sich in nur wenigen Monaten wesentlich. Die politische Elite an beiden Ufern des Flusses Morava, vertreten durch die Sieger der Parlamentswahlen vom Juni 1992 – auf der tschechischen Seite durch die „Demokratische Bürgerpartei“ (ODS) mit Václav *Klaus* an der Spitze, auf der slowakischen Seite durch die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS)<sup>7</sup> unter Führung von Vladimír *Meciar* –, war nicht imstande, die Teilung des gemeinsamen Staates zu verhindern. So entstanden am 1. Januar 1993 zwei neue Staaten in Europa.

Wo sollte man die Ursachen der Teilung der Tschechoslowakei suchen? Seit den Revolutionsjahren des 19. Jahrhunderts begleiten die slowakische Nation ständige Versuche, eine eigene Identität zu definieren. Die Slowaken lebten seit vielen Jahren bis zur Bildung der Tschechoslowakei unter der Herrschaft von Ungarn. Nach dem Zusammenbruch der alten K.u.K-Monarchie entstand am 28. Oktober 1918 die Tschechoslowakei. Die Bildung des neuen Staates wurde aber einseitig aus Prag organisiert. Das beeinflusste wesentlich die Beziehungen zwischen beiden Nationen. Die tschechischen Väter der Tschechoslowakei versuchten die Theorie des „Tschechoslowakismus“, also die Idee einer gemeinsamen tschechoslowakischen Nation, in den Vordergrund zu stellen. Die slowakischen katholischen Politiker, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

<sup>6</sup> Die Umfragen aber zeigten, dass die Mehrheit der Bürger gegen die Teilung der Tschechoslowakei war. Die Gegner einer Teilung stammten vor allem aus der ungarischen Minderheit. Sie befürchteten, dass ihre Rechte in der selbständigen Slowakei beschränkt würden.

<sup>7</sup> Seit 2000 „Volkspartei – Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (LS-HZDS).

in der Slowakei eine führende Rolle spielten, lehnten diese Idee völlig ab. Schon in den 20er Jahren entwickelten sich in der Slowakei Forderungen nach einem autonomen Staat. 1938 kam es zur Erklärung der Autonomie und ein Jahr später entstand, diesmal nach dem Willen Adolf *Hitlers*, die nominell selbständige Slowakische Republik. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Tschechoslowakei wiederhergestellt und landete nach dem Staatsumsturz vom Februar 1948 in den Händen des kommunistischen Regimes. Die Forderungen nach der gleichberechtigten Stellung beider Nationen zeigten sich auch während des „Prager Frühlings“ (1968). In diesem Jahr (Oktober 1968) kam es zur Föderalisierung des unitaristischen Staats. Der natürliche Prozess der Gleichberechtigung beider Nationen wurde aber im August 1968 mit dem Einmarsch der Warschau-Pakt-Truppen gestoppt. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes (1989) kam es zum Wiederbeleben der Separationsideen. Die Hauptträger dieser Ideen waren nationalistische Gruppierungen.<sup>8</sup> Der populärste slowakische Politiker der ersten Hälfte der 90er Jahre und führender Kopf der Separationsbemühungen war Vladimír *Meciar*. Mit seinem populistischen Politikstil gewann er im Frühjahr 1992 mühelos die Parlamentswahlen. Um die Mehrheit im Parlament zu bekommen und damit die Regierung zu bilden, wählte er die „Slowakische Nationalpartei“ (SNS) zum Koalitionspartner. Im Juni 1992 kam es durch das slowakische Parlament zur Erklärung der Staatshoheit, und am 1. September 1992 verabschiedete das Parlament die erste slowakische Verfassung.

### Schwarzes Loch oder Europa? (1994–1998)

„Die Slowakei stand 1993 vor einer schwierigeren Ausgangsposition als Tschechien, da sie auf eine geringere Tradition eigener Staatlichkeit zurückblickte und sowohl ihre eigene Identität finden als auch völlig neue Verwaltungsstrukturen aufbauen musste. Geopolitisch bedeutete die Teilung eine

<sup>8</sup> Vom „eigenem Sternchen auf der blauen Flagge Europas“ hat auch der damalige Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Bewegung Ján *Carnogurský* gesprochen.

Ostverschiebung, welche die Slowakei stärker von Westeuropa abschnitt.“<sup>9</sup>

Im zweiten Jahr der Existenz der selbständigen Slowakischen Republik (1994) wurde nach den vorgezogenen Parlamentswahlen die dritte Regierung *Meciar* aus zwei nationalistischen (*Meciars* „Bewegung für eine Demokratische Republik“ – HZDS und die „Slowakische Nationalpartei“ – SNS) und einer linkspopulistischen Arbeiterpartei („Arbeitervereinigung der Slowakei“ – ZRS) gebildet. Bei der ersten Parlamentssitzung nach den Wahlen walzte die regierende Koalitionsmehrheit die Opposition völlig nieder: Ins Parlamentspräsidium wurde kein Oppositionsvertreter gewählt; von den neu gewählten Vorsitzenden der Parlamentsausschüsse gehörte niemand der Opposition an; die Fachkenntnisse wurden bei der Verteilung der Oppositionsabgeordneten in die Ausschüsse nicht berücksichtigt; fast alle Oppositionsführer wurden in den Ausschuss für Naturschutz konzentriert.

Die demokratischen Prinzipien wurden regelmäßig auf mehreren Ebenen verletzt. Die öffentlich-rechtlichen Massenmedien waren völlig in den Händen der Regierung und dienten der offiziellen Propaganda. In den Hauptnachrichten des Fernsehens wurde die Arbeit der Oppositionsparteien regelmäßig negativ dargestellt. In 1996 wurde der Abgeordnete František *Gaulieder* durch einen undemokratischen Parlamentsbeschluss ausgeschlossen, nachdem er aus der HZDS ausgetreten war.<sup>10</sup> Eine strenge Rüge wegen der Verletzung der demokratischen Prinzipien erhielt *Meciars* Regierung von den EU-Organen nach dem gescheiterten NATO-Referendum vom Mai 1997, bei dem vom Innenminister die Fragebögen manipuliert worden waren. Für die Machtziele der regierenden Mehrheit wurde auch der geheime Staatssicherheitsdienst (SIS) missbraucht. Zum schwersten Verbrechen des Sicherheitsdienstes sollte die Verschleppung des Sohnes des damaligen Staatsoberhauptes

<sup>9</sup> Josefine *Wallat*, Slowakische Republik, in: Werner *Weidenfeld* (Hrsg.), Europa Handbuch: Eine Aufsatzsammlung, Bonn 2002, S. 277.

<sup>10</sup> An der Spitze des Parlaments stand damals das heutige Staatsoberhaupt Ivan *Gašparovic*.

Michal *Kováč* (1993-1998) nach Österreich werden. Michal *Kováč* stand seit 1994 in Opposition zum Premierminister Vladimír *Meciar*: Ein guter Freund (Róbert *Remiáš*) des wichtigsten Zeugen dieser Verschleppung (Oskar *Fegyveres*) starb einige Wochen später in seinem Wagen an den Folgen eines Bombenanschlags. Die Verbrechen des Staatssicherheitsdienstes wurden nie bestraft. Nach Ablauf der Amtszeit des Präsidenten *Kováč* am 1. März 1998 übernahm Premierminister *Meciar* laut der Verfassung einen Großteil der Präsidentialkompetenzen, unter anderen auch das Begnadigungsrecht. Zu seinen ersten Schritten nach der Übernahme der Präsidentialbefugnisse gehörte die Verkündung der Amnestie für alle Verbrechen, die mit der Entführung des Sohnes des ehemaligen Präsidenten zusammenhingen. Die Präsidentialbefugnisse blieben in *Meciars* Händen bis zum Machtwechsel im Oktober 1998.

Die unversöhnlichen Konflikte unter den Politikern haben sich in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre auch in der Bevölkerung wiedergespiegelt. Die schon damals heterogene politische Kultur hat sich völlig gespalten. In der Gesellschaft bildeten sich zwei Subkulturen. Hauptmerkmal dieser gesellschaftlichen Spaltung war weder der Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie, noch der zwischen der slowakischen Mehrheit und der ungarischen Minderheit, oder der zwischen Anhängern und Gegnern der Teilung der Tschechoslowakei, sondern es ging um einen Gesellschaftskonflikt zwischen den Sympathisanten der *Meciar*-Regierung und denen der Oppositionsparteien.

Ein wichtiger Grund für die Ablehnung der *Meciar*-Regierung unter den Mitgliedern der EU war unter anderem die enge Verbindung zwischen der politischen und ökonomischen Elite. Im Rahmen der slowakischen Wirtschaftspolitik wurde eine neue Idee geprägt: die Bildung einer einheimischen kapitalbildenden Schicht. Für wenig Geld wurden die großen Staatsbetriebe an Personen verteilt, die in engem Kontakt mit der Regierung standen. Diese Wirtschaftspolitik *Meciars* wird oft als „wilde Privatisierung“ bezeichnet. Während dieser Regierungsperiode bezeichnete die amerikanische Außenministerin

Madeleine *Albright* die Slowakei als „schwarzes Loch auf der Karte Europas“. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juli 1997 wurden die Nachbarländer der Slowakei zum Beitritt in die NATO eingeladen, für die Slowakei dagegen blieb die Tür der NATO verschlossen. Der einzige Grund dafür war *Meciars* un-demokratischer Politikstil. Statt einer Einladung bekam seine Regierung von den westlichen Institutionen nur mehrere kritische *Démarchen*. Die Bevölkerung hat sehr empfindlich wahrgenommen, dass die Slowakei nicht imstande war, mit ihren Nachbarn im Prozess der transatlantischen und europäischen Integration Schritt zu halten.

Premierminister *Meciar* war zu Hause trotzdem sehr populär, aber für die Vertreter der westeuropäischen Länder wurde sein Regierungsstil zum Haupthindernis im Prozess der Integration des Landes auch in die EU. Während seiner Regierungszeit hat der Integrationsprozess zwar seinen Anfang genommen,<sup>11</sup> als er den Beitrittsantrag am 27. Juni 1995 im französischen Cannes vorlegte, aber für die Slowakei blieb dieser Schritt für lange Zeit der erste und zugleich der letzte auf dem Integrationswege in die Europäische Union. Regelmäßige Berichte der Europäischen Kommission haben ständig ihren Schwerpunkt auf die Nichterfüllung der in Kopenhagen festgesetzten Kriterien für den Beitritt zur EU gelegt. Im Prozess der europäischen Integration stand die Slowakei außerhalb des ersten Ranges. Das zeigte sich vor allem auf dem EU-Gipfel in Luxemburg im Dezember 1997. In Luxemburg wurde die erste Gruppe von Staaten gebildet, mit denen die EU Beitrittsverhandlungen eröffnete. Obwohl die Slowakei noch 1994 zu den heißesten Kandidaten für den EU-Beitritt gehörte, stand das Land drei Jahre darauf beim europäischen Integrationsprozess abseits.

Trotz aller außenpolitischen Misserfolge der *Meciar*-Regierung hatte die HZDS immer die stärkste Unterstützung in der Bevölkerung. Die Ursachen für *Meciars* Popularität sind un-

<sup>11</sup> In der Regierungserklärung von 1995 befindet sich die Integration unter den obersten Prioritäten der Außenpolitik.

terschiedlicher Natur. Zu den wichtigsten Ursachen gehören sein charismatischer Politikstil, seine hervorragende, wenn auch populistische Redekunst, und die Fähigkeit, die Wünsche der Bürger genau zu artikulieren. Der andere Grund seiner Popularität war die zersplitterte Opposition und das Fehlen eines starken Oppositionsführers. 1998, kurz vor den Parlamentswahlen, wurde durch das Parlament eine Wahlgesetznovelle verabschiedet. Ihr Ziel war es, den kleinen politischen Parteien den Eintritt ins Parlament zu verbauen und damit die Wahlchancen für die HZDS zu erhöhen. *Meciars* Vorhaben wandte sich letztlich aber gegen ihn selbst. Die fünf kleinen, unterschiedlichen Oppositionsparteien<sup>12</sup> gründeten eine gemeinsame, aber ideologisch völlig heterogene Wahlpartei, die „Slowakische Demokratische Koalition“ (SDK). Parteisprecher und später auch Spitzenkandidat wurde *Mikuláš Dzurinda*. „Die SDK nutzte sehr effektiv das Thema der Wende, das in der Endphase des Wahlkampfes zum zentralen Motiv wurde.“<sup>13</sup> Die Hauptwahlparole der SDK lautete „Stimmen Sie für die Wende!“ Dieses Motto hatte mehrere Bedeutungen: Die wichtigste Bedeutung war natürlich die Wende im Politikstil der politischen Elite. Dieses Motto verkörperte zugleich den Wunsch der slowakischen Bürger, die Nachbarländer im Prozess der EU-Integration einzuholen und zusammen mit ihnen der EU beizutreten.

Kurz vor den Parlamentswahlen im Herbst 1998 war völlig klar, dass die Slowakei unter *Meciars* Regierung nie zum Mitglied der EU werden würde. Die Bevölkerung stand vor der entscheidenden Frage, ob sie weiter in einem isolierten Staat leben oder zusammen mit den anderen Staaten Mitglied der EU werden wollte. Deshalb kann man diese Parlamentswahlen als das erste Referendum bezeichnen, in dem sich die Wähler für oder gegen Europa entschieden haben. In diesen Wahlen ging es nicht nur um den Wahlsieger, sondern vor allem um

<sup>12</sup> Christlich-demokratische Bewegung (KDĽ), Demokratische Union (DU), Demokratische Partei (DS), Sozialdemokratische Partei der Slowakei (SDSS), Grüne Partei (SZS).

<sup>13</sup> Dušan *Štrauss*, Systém politických strán, in: Natália *Rolková* (Hrsg.), Desatročie Slovenskej republiky, Martin 2004, S. 86.

die Entscheidung über die Werte, auf denen die Slowakei in den nächsten Jahren aufgebaut werden sollte. Die Bürger standen vor der Entscheidung: Entweder stimmen die Wähler für parlamentarische Demokratie, Freiheit des Andersdenkenden, Rechtsstaat, Konsens, Garantie aller Rechte, Schutz der Minderheiten etc., oder sie entscheiden sich für Konflikt, Isolation, Verletzbarkeit der Rechte und für populistischen Nationalismus.

Auch ein paar Wochen vor den Parlamentswahlen zeigten die Umfragen ständig eine hohe Wählerunterstützung für die HZDS. Weil sich die HZDS-Wähler bei den Wahlen immer sehr diszipliniert verhielten, konnte eine insgesamt niedrige Wahlbeteiligung den Sieg der Oppositionskräfte wesentlich erschweren. Die HZDS findet ihre Wähler auch heute noch vor allem unter den älteren und wenig gebildeten Leuten, während die damalige Opposition ihre Unterstützung vor allem unter der jungen Generation suchte. Die Parlamentswahlen von 1994, die *Meciars* HZDS mit großem Vorsprung (40,6 Prozent) vor den anderen Parteien gewonnen hatte, hatte die junge Generation, vor allem die Erstwähler, völlig ignoriert. Deshalb war es 1998 das Ziel der demokratischen Kräfte, hauptsächlich junge Wähler zur Wahlurne zu bringen. Die junge Generation ist im Vergleich zu den älteren Leuten enger mit Europa verbunden. Sie interessiert sich wenig für Politik, ist von Auseinandersetzungen aus den Zeiten der Teilung der Tschechoslowakei nicht betroffen, beherrscht Fremdsprachen, hat eigene Erfahrungen mit dem Studium im Ausland, persönliche Kontakte mit jungen Leuten aus verschiedenen Ländern und kann sich die eigene Zukunft auch in einem anderen europäischen Land vorstellen. Für die junge Generation wäre es ganz unvorstellbar, in einem isolierten Staat zu leben.<sup>14</sup>

Eine sehr wichtige Rolle in der Wahlkampagne (1998) spielten unabhängige Nichtregierungsorganisationen (NROs). Ihre

<sup>14</sup> Vgl. Ladislav *Macháček*, *Youth in Slovakia and European Identity*, The Institut for Sociology of Slovak Academy of Sciences, Pressburg 2004, S. 86-100.

Vertreter und deren freiwillige Mitarbeiter, die oft aus studentischen Kreisen stammten, erklärten während der Wahlkampagne den Bürgern oft direkt auf den Strassen, wie wichtig es sei, zur Wahl zu gehen und nicht für die Marginalisierung, sondern für die Integration des Landes abzustimmen. Neben den politischen Parteien und Nichtregierungsorganisationen kämpften für die Demokratisierung des Landes auch andere Institutionen, so unter anderen die Vertreter der Gewerkschaften oder Redakteure der Tageszeitung *SME*. Während *Meciars* Herrschaft war neben den Privatmedien und NROs das Verfassungsgericht das wichtigste Staatsorgan, das vom Regime nicht angetastet wurde und verantwortungsvoll auf die Verfassungsmäßigkeit der Parlamentsbeschlüsse achtete. Das Verfassungsgericht wurde zu einem wichtigen Hüter der Demokratie.

#### Der neue Anfang (seit 1998)

Bei den Parlamentswahlen vom September 1998 mit ihrer besonders hohen Wahlbeteiligung (84,2 Prozent) kam es zur klaren Ablehnung von *Meciars* autokratischem Politikstil. Seine politische Partei hatte zwar die Wahlen erneut gewonnen, aber sie war nicht imstande, Koalitionspartner für eine Mehrheitsregierung zu finden. Die „Arbeitervereinigung der Slowakei“, der ehemalige Koalitionspartner, hatte das nötige Quorum für den Einzug ins Parlament nicht mehr erreicht. Die neue Regierung wurde aus den ehemaligen Oppositionskräften<sup>15</sup> gebildet, mit Mikuláš *Dzurinda* an der Spitze. Seine Regierung besaß im Parlament die Verfassungsmehrheit, und damit hatte sie genügend Parlamentsunterstützung zur Durchführung der politischen Reformen, die sie im Wahlkampf der Bevölkerung versprochen hatte. Oberste Priorität der neuen Regierung war, den Vorsprung der Nachbarländer im Prozess der EU-Integration aufzuholen.

<sup>15</sup> Die erste *Dzurinda*-Regierung wurde aus ursprünglich zehn politischen Parteien gebildet, darunter drei Parteien der ungarischen Minderheit, die kurz vor den Wahlen von 1998 aufgrund *Meciars* Wahlgesetzesnovelle eine gemeinsame Partei – die „Partei der Ungarischen Koalition“ – gebildet hatten.

Zu den ersten Schritten von *Dzurindas* Regierung gehörte die Normalisierung des politischen Lebens. Die Parlamentsorgane wurden proportional nach den Wahlergebnissen gebildet, und die Opposition erhielt die ihr nach den demokratischen Spielregeln zustehende Vertretung.<sup>16</sup> Obwohl der regierenden Koalition im Parlament die Verfassungsmehrheit zur Verfügung stand und der Präsident im Parlament problemlos gewählt werden konnte, entschieden sich die Politiker, die Verfassung zu ändern, um die direkte Präsidentschaftswahl einzuführen. In 1999 wurde zum ersten direkt vom Volk gewählten Präsidenten Rudolf *Schuster*, der Vorsitzende einer Koalitionspartei, der „Partei der Bürgerverständigung“ (SOP). Die Einführung der direkten Präsidentschaftswahl hat das slowakische Verfassungssystem wesentlich stabilisiert. Die normalisierten Beziehungen unter den drei obersten Funktionsträgern stabilisierten grundsätzlich das politische Leben. „Die direkte Wahl wurde zum wichtigsten Mittel zur Verhinderung einer Verfassungskrise in dem Fall, wenn die höchste Verfassungsfunktion in einem Staat nicht besetzt wird.“<sup>17</sup>

Die Europäische Union spielte eine bedeutungsvolle Rolle bei der Demokratisierung der Slowakei. Vertreter der EU beobachteten sehr aufmerksam den Verlauf der politischen Reformen, und bei jedem „Rückfall“ äußerten sie sofort ihre Beunruhigung. Eine der wichtigsten Bedingungen für den EU-Beitritt war die Verfassungsrevision, die im Februar 2001 durch das Parlament verabschiedet wurde. Die Verfassungsnovelle von 2001 definierte das Verhältnis zwischen Staatsrecht und Unionsrecht und schuf die Institution des Bürgerbeauftragten. Sie war ein bedeutender Schritt in der Justizreform und in der Reform der Staatsverwaltung, eine der wichtigsten Bedingungen für den EU-Beitritt, die es ermöglichte, Hilfe aus den euro-

<sup>16</sup> Der HZDS wurde der Platz des Vizepräsidenten des Parlaments angeboten. Dieses Angebot lehnte die HZDS ab, worauf ein Vertreter der anderen Oppositionspartei SNS zum Stellvertreter des Parlamentspräsidenten gewählt wurde. Die HZDS forderte den Sitz des Parlamentspräsidenten, weil sie die Wahlen gewonnen hatte.

<sup>17</sup> Peter *Horváth*, *Funkcia prezidenta v ústavných systémoch*, Pressburg 2000, S. 64.

päischen Strukturfonds für den wirtschaftlichen Ausgleich der Regionen zu benutzen.

In der Regierung hatten nach den Parlamentswahlen 1998 zum ersten Mal nach der Entstehung der SR ihre Vertretung auch Repräsentanten der ungarischen Minderheit gefunden, die zum wichtigen Pfeiler der Regierungsstabilität wurden. Giovanni *Sartori* definiert in seinem Buch „Demokratietheorie“ den Begriff Demokratie als die „Herrschaft der Mehrheit, welche die Minderheitenrechte schützt“. <sup>18</sup> Je mehr die Minderheitenrechte geschützt werden, um so fester ist die Demokratie. Die Slowakei hat im Schutz der Minderheitenrechte seit dem Regierungswechsel einen riesigen Fortschritt gemacht. Zuerst wurde das Gesetz über das Recht der Minderheiten, die eigene Sprache im offiziellen Verkehr zu verwenden, verabschiedet. Einer der wichtigsten Fortschritte auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes war die Gründung der ungarischen Universität in der südslowakischen Stadt Komárno im Jahre 2003.

Der Regierungswechsel bedeutete zugleich deutliche Verbesserung der Beziehungen sowohl mit den Nachbarländern als auch mit den Staaten Westeuropas. Heutzutage kann man sagen, dass sich die Beziehungen zwischen der Slowakei und der Tschechischen Republik auf dem besten Niveau seit der Teilung von 1993 befinden. Der Zusammenbruch des gemeinsamen Staates hat die Beziehungen zwischen Slowaken und Tschechen verbessert und nicht verschlechtert, wie es von vielen Politikern in beiden Ländern erwartet wurde.

Die positive politische Reformentwicklung in der Slowakei am Ende der 90er Jahre wurde zum wichtigsten Grund des Wiederbelebens der engeren Kooperation unter den Staaten der Visegrád-Vier (V4). Die Premierminister der Tschechischen Republik, Polens und Ungarns haben im Oktober 1998 in Budapest den slowakischen Ministerpräsidenten aufgefordert, sich der engeren Zusammenarbeit anzuschließen. Im Juni 2000 entstand der Visegrád-Fonds (mit Sekretariat in Pressburg/Bratis-

lava), dessen Aufgabe es ist, gemeinsame Projekte im Bereich der Kultur, Bildung, Forschung und Sport finanziell zu fördern. Die erneuerte Zusammenarbeit unter den mitteleuropäischen Staaten kann man als den wichtigsten Beitrag dieser Länder im Prozess der europäischen Integration verstehen. Enge Kooperation innerhalb der Gruppe V4 war für die EU-Staaten ein wichtiger Beweis, wie gut Mitteleuropa auf die europäische Integration vorbereitet ist.

Die Aufmerksamkeit der ersten Dzurinda-Regierung konzentrierte sich also vor allem auf die Integration des Landes in die NATO und in die Europäische Union. Im Prozess der NATO-Integration waren die wichtigsten Befürworter der NATO-Mitgliedschaft der Slowakei gerade die politischen Repräsentanten der Nachbarländer, unter anderem der tschechische Präsident *Václav Havel* und der polnische Präsident *Alexander Kwasniewski*. Der NATO-Beitritt der Slowakei lag im großen Interesse auch von Ungarn, das nach dem Beitritt von den anderen NATO-Staaten abgeschnitten war. Obwohl sich die Politik der NATO nach dem Terroranschlag auf das World Trade Center und das Pentagon am 11. September 2001 wesentlich verändert hatte und sich die Zahl der nächsten Beitrittsländer erhöhte, blieb die Slowakei der wichtigste Anführer der zweiten NATO-Erweiterungsrunde. Zum NATO-Mitglied wurde die Slowakei zusammen mit neun anderen Ländern im April 2004. Der Beitritt zur NATO und einen Monat später auch zur EU bedeutete eine klare Bestätigung der politischen Reformen, die von den zwei Dzurinda-Regierungen während sechs Jahren durchgeführt worden waren.

Die EU-Beitrittsverhandlungen hatten im Februar 2000 begonnen und endeten im Dezember 2002. Zum Chef des slowakischen Verhandlungsteams wurde *Ján Figel* (KDH), der gegenwärtige slowakische Europakommissar. Seit Februar 2000 bis zum EU-Beitritt hat sich die politische Situation wesentlich verändert. In den Parlamentswahlen 2002 bestätigte die Bevölkerung den außenpolitischen Kurs der slowakischen Regierung. Es wurde eine liberal-konservative Regierung gebildet, an der Spitze wieder mit *Mikuláš Dzurinda*. Vor den

Wahlen existierten seitens der EU immer noch Befürchtungen vor einer Rückkehr des ehemaligen Premierministers Vladimír *Meciar*. Und obwohl er die Parlamentswahlen von 2002 erneut gewann, war er wieder nicht in der Lage, einen Koalitionspartner zu finden, um eine Mehrheitsregierung zu bilden.

Der doppelte Parlamentswahlmisserfolg LS-HZDS als auch *Meciars* doppelter persönlicher Misserfolg in den direkten Präsidentschaftswahlen (1999, 2004) wurden zum wichtigsten Grund des Wandels seiner Oppositionspolitik. Ständige, oft populistische Kritik an die Regierung wurde durch standardisierte Oppositionspolitik ersetzt. Die klare EU-Orientierung von *Meciars* Partei erleichterte der Regierung ihre Arbeit in der Beitrittskampagne vor dem EU-Referendum im Frühjahr 2003.<sup>19</sup> Der EU-Beitritt wurde zum wichtigsten Ziel nicht nur der Koalitionsparteien, sondern auch der Parteien in der Opposition. Die Intensität der EU-Kampagne der Oppositionsparteien unterschied sich jedoch voneinander. Am klarsten hat den Willen, sich in Europa zu integrieren, gerade *Meciars* LS-HZDS gezeigt. Umstritten war die Referendumskampagne der beiden linken Parteien, SMER (Richtung)<sup>20</sup> und der Kommunistischen Partei der Slowakei (KSS), die in den Parlamentswahlen von 2002 zum ersten Mal seit der Wende das Quorum erreichten. Das EU-Referendum wurde am 16. und 17. Mai 2003 durchgeführt. Für den EU-Beitritt stimmten 92,46 Prozent aller Wähler, gegen den EU-Beitritt waren nur 6,20 Prozent; die Wahlbeteiligung lag bei 52,15 Prozent.<sup>21</sup>

Damit war dies die höchste Anzahl an Ja-Stimmen aus allen neuen Beitrittsländern. Wo kann man die Ursachen dieses gu-

<sup>19</sup> Laut slowakischer Verfassung muss sich an dem Referendum mindestens die Hälfte aller Stimmberechtigten beteiligen. Damit das Referendum gültig war, brauchte die regierende Mehrheit auch die Stimmen der Anhänger der Oppositionsparteien.

<sup>20</sup> Die Partei SMER mit Róbert *Fico* an der Spitze präsentierte sich während der EU-Referendumskampagne mit dem Motto: „In die EU ja, aber nicht mit dem nackten Hintern!“.

<sup>21</sup> Vgl. Ján *Figel*, Miroslav *Adamiš*, Slovensko a Európska únia, Pressburg 2004, S. 202.

ten Ergebnisses des Referendums finden? Eine der Hauptursachen liegt in der ungenügenden gesellschaftlichen Diskussion vor dem Volksentscheid über den Beitritt. In den Vordergrund drängten sich vor allem Vorteile der EU-Mitgliedschaft, die Nachteile wurden ganz vergessen. In der Slowakei existiert seit ein paar Jahren ein starker Euro-Optimismus. Waren aber Westeuropa und die Europäische Union vor der Osterweiterung das Gleiche? Die Bürger identifizieren sich mit der europäischen Identität, reden sehr gerne von sich selbst als von den EU-Bürgern. Das positive Verhältnis zu Westeuropa hat seine Ursprünge in der Geschichte und hängt mit den schlechten Erfahrungen sowohl mit dem kommunistischen Regime, das mehr als 40 Jahre in Mittel-, Ost- und Südeuropa herrschte, als auch später mit dem autokratischen Regime unter Vladimír *Meciar* zusammen. Der demokratische Westen war seit dem Zweiten Weltkrieg ein Gegenpol zum totalitären Osten, und für die Bürger des ehemaligen Ostblocks wurde er zum Symbol der Freiheit. Deshalb ist die Union für die Slowakei neben dem wirtschaftlichen und politischen Verband vor allem eine wichtige Wertegemeinschaft. Heutzutage nehmen die Leute in der Slowakei die EU eher als eine Wertegemeinschaft wahr denn als eine Union mit gemeinsamen und zu bürokratischen Organen, die über fast alles entscheiden wollen. Aus dieser Sicht bleibt Brüssel von Pressburg weit entfernt. Ein Beweis dafür sind die ersten Wahlen zum Europaparlament nach dem EU-Beitritt vom 13. Juni 2004. Die Bürger ignorierten diese Wahlen fast gänzlich, und die Slowakei wurde mit 16,96 Prozent zum Land mit der geringsten Wahlbeteiligung. Von den 14 Mandaten hat die gegenwärtige liberal-konservative Regierung im Europäischen Parlament neun Sitze. Unterhalb des Quorums blieben Kommunisten, Nationalisten der SNS, aber auch regierende Liberale.

Die Slowakei im gegenwärtigen europäischen Diskurs

Die EU ist heute ein wichtiger Hüter der Demokratie auf dem Alten Kontinent. Die Eingliederung der Slowakei in die Familie der demokratischen Staaten half dem Demokratisierungsprozess in diesem kleinen Land wesentlich. Es liegt im Interesse

der EU, die Demokratieprinzipien in allen Mitgliedstaaten zu bewahren. Die EU-Mitgliedschaft bietet jedem Lande feste Garantien, dass andere Demokratiemängel, vor allem hohe Korruption und Klientelismus, welche die neuen Mitgliedstaaten belasten, zum Nutzen der Bürger gelöst werden.

Die Bürger der Slowakischen Republik identifizierten sich mit den Werten der Europäischen Union. Rechtsstaat, Minderheitenschutz, Freiheit des Andersdenkens etc. wurden zu den Grundnormen, auf denen das neue EU-Mitglied seine Politik baut. Die Slowakei wurde nach dem EU-Beitritt nicht nur zum Beobachter der europäischen Wertepolitik, sondern zu ihrem aktiven Mitgestalter. Das zeigt sich deutlich in der Diskussion über die Fragen wie Akzeptanz der sexuellen Minderheiten, Rolle der Familie in der heutigen Gesellschaft, Abtreibung, bei der Diskussion über die EU-Mitgliedschaft der Türkei oder bei der Frage, ob ein Bezug auf die christlichen Wurzeln Europas in der Präambel der Europäischen Verfassung erwähnt werden soll oder nicht. Seit 2002 dominieren in der slowakischen Regierung konservative Parteien, deswegen ist die Stellung der Regierung zu den oben genannten Fragen eher konservativ als liberal. Die ganze Diskussion zeigt aber, dass weder die Slowakei noch das ganze Europa fähig sind, den ideologischen Konflikt zwischen Liberalen und Sozialisten auf der einen Seite und Konservativen auf der anderen Seite zu überwinden. Die Frage nach den Werten, auf denen Europa in den nächsten Jahren aufgebaut werden soll, bleibt deswegen weiter offen.

Die Frage der Zukunft der europäischen Werte ist auch mit der weiteren Institutionalisierung bzw. Bürokratisierung der EU eng verbunden. Organe der EU bekommen immer mehr Kompetenzen. In vielen Lebensbereichen wird nicht vor Ort, sondern in Brüssel entschieden. Die Kleinstaaten, die erst in den 90er Jahren entstanden, werden die weiter voranschreitende Integration sehr deutlich wahrnehmen. Für die EU kann dieser Prozess kontraproduktiv wirken, und er kann zum wichtigsten Grund der zunehmenden Euroskepsis werden. In der Slowakei stammen die Träger der Ideen der Ablehnung vertiefter EU-Institutionalisierung aus konservativen Gruppie-

rungen.<sup>22</sup> In diesen Kreisen spricht man von der Beschränkung der Souveränität oder von dem Verlust eigener Identität. Bei der Bildung der europäischen Identität ist es notwendig, die Identität einzelner Mitgliedstaaten zu bewahren und die Macht der Großstaaten in bestimmten Grenzen zu halten. Das Projekt des vereinigten Europas kann erst dann erfolgreich sein, wenn die Beziehungen unter allen Mitgliedstaaten, ob großen oder kleinen, auf gegenseitigem Respekt aufgebaut werden. Der gegenseitige Respekt vor nationalen Identitäten und Kulturen der Mitgliedstaaten muss sich in der Rangliste der EU-Werte an der Spitze befinden.

### Zusammenfassung

Der Demokratisierungsprozess in der Slowakei am Ende der 1990er Jahre ist mit dem Willen der slowakischen Bevölkerung, im demokratischen Europa mit anderen Staaten zusammenzuleben, eng verbunden. Die Identifizierung der slowakischen Bevölkerung mit den Werten, auf denen die Europäische Union aufgebaut worden ist, half dem jungen europäischen Staat, aus dem Kampf gegen die Wiedergeburt eines autokratischen Regimes siegreich hervorzugehen. Die Konsolidierung der Demokratie in der Slowakei in den 1990ern Jahren ist durch mehrere Hindernisse gekennzeichnet. Den Theorien des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie zufolge ist die Demokratisierung nur eine von mehreren Möglichkeiten des Ergebnisses dieses Prozesses. Der Konsolidierung der Demokratie in der Slowakei half wesentlich der Integrationsprozess des Alten Kontinents. Nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 hat die Slowakei ihre Nachbarn im Prozess der Europa-Integration schnell eingeholt und wurde nach mehreren politischen Hindernissen aus den Jahren 1994–1998 am 1. Mai 2004 Mitglied der EU.

Auf den Demokratisierungsprozess in der Slowakei haben vor allem zwei Faktoren eingewirkt: Von oben war es die ständige

<sup>22</sup> Dazu kann man auch die Regierungspartei Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) zählen.

Kontrolle der politischen Entwicklung seitens der europäischen und transatlantischen Organisationen. Eine wichtige Rolle spielten aber die Prozesse von unten. Die Bevölkerung hat die Misserfolge sehr empfindlich wahrgenommen und sich deswegen zu den Parlamentswahlen von 1998 so intensiv mobilisiert, um ihrem Land auf dem Wege in ein integriertes Europa zu helfen.

## Bibliographie

- Dvoráková*, Vladimíra, *Kunc*, Jirí, *O prechodech k demokracii*, Prag (Praha) 1994.
- Figel*, Ján; *Adamiš*, Miroslav, *Slovensko a Európska únia*, Pressburg (Bratislava) 2004.
- Horváth*, Peter, *Funkcia prezidenta v ústavných systémoch*, Pressburg (Bratislava) 2000.
- Kopeček*, Lubomír, *Konsolidace slovenské demokracie - uzavrená záležitosť?*, in: Vladimíra *Dvorakova*, Andrea *Herountova* (Hrsg.), II. Kongres českých politologu, CSPV, Prag (Praha) 2003, S. 124–134.
- Kováč*, Dušan, *Dejiny Slovenska*, Prag (Praha) 1998.
- Kubín*, Luboš, *Rola politických elít pri zmene režimu na Slovensku*, Pressburg (Bratislava) 2002.
- Macháček*, Ladislav, *Youth in Slovakia and European Identity*, The Institute for Sociology of Slovak Academy of Sciences, Pressburg (Bratislava) 2004.
- Mibáliková*, Silvia, *Koncepcia demokracie a demokratizácie: K niektorým teoretickým a praktickým skúsenostiam*, in: *Sociológia*, Nr. 5, 1996, S. 415–430.
- Przeworski*, Adam: *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge 1991.
- Ríčbová*, Blanka, *Prehled moderních politologických teorií*, Prag (Praha) 2000.
- Sartori*, Giovanni, *Teória demokracie*, Pressburg (Bratislava) 1993.
- Sklenka*, Imrich, *Európa hodnôt*, in: Vladimír *Bilčík*, Martin *Brunck* (Hrsg.), *Európska únia dnes*, Pressburg (Bratislava) 2003, 189–197.
- Štrauss*, Dušan, *Systém politických strán*, in: Natália *Rolková* (Hrsg.), *Dešatrocie Slovenskej republiky*, Martin 2004, S. 80–96.
- Wallat*, Josefine, *Slowakische Republik*, in: Werner *Weidenfeld* (Hrsg.), *Europa Handbuch: Eine Aufsatzsammlung*, Bonn 2002, S. 275–280.

### *Entnommen aus:*

Cyrus Salimi-Asl, Eric Wrasse und Gereon Schuch (Hrsg.), *Die Transformation nationaler Politik. Europäisierungprozesse in Mitteleuropa*, Redaktion: Tilmann Chladek und Cyrus Salimi-Asl, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Programm Mitteleuropa, Berlin 2005, Digitale Ausgabe, ISBN 39810553-1-4 (Druckfassung: ISBN 3-9810553-0-6), S. 423–442.